

THON, CHRISTINE

SELBSTKONSTITUTION ALS POLITISCHES SUBJEKT. BIOGRAPHIEN AUS ZWEI GENERATIONEN DER FRAUENBEWEGUNG IM VERGLEICH

Christine Thon, Institut für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung/ Weiterbildung Flensburg, christine.thon@uni-flensburg.de

SEKTION BIOGRAPHIEFORSCHUNG: POLITISCHES HANDELN UND GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATIONSPROZESSE AUS BIOGRAPHIETHEORETISCHER PERSPEKTIVE

Was bringt Frauen dazu, sich politisch für eine Veränderung von Geschlechterverhältnissen zu engagieren? Häufig werden die Gründe dafür in persönlichen Erfahrungen geschlechtsspezifischer Diskriminierung gesehen. Der Aufbruch der Neuen Frauenbewegung wird oft mit Prozessen der Bewusstwerdung der (zumindest strukturellen) Betroffenheit von Unterdrückung in Zusammenhang gebracht. Dieser Logik entsprechend ließe sich die Distanz v.a. junger Frauen zur Bewegung durch das Fehlen unmittelbarer Diskriminierungserfahrungen bzw. ein mangelndes Bewusstsein von subtiler gewordener Benachteiligung erklären.

Im Blick auf Biographien von Akteurinnen der Frauenbewegung aus verschiedenen Generationen wird jedoch klar, dass diese Logik nicht aufgeht. Persönliche Betroffenheit von Diskriminierungsstrukturen ist auf der Ebene der Biographiekonstruktion nur bedingt Referenzpunkt eines komplexen Prozesses, der als eine Selbstkonstitution der jeweiligen Biographin als politisches Subjekt zu beschreiben ist. Dies soll im Vortrag an zwei Fallstudien erläutert werden, die die biographischen Konstruktionen von Vertreterinnen zweier „Frauenbewegungsgenerationen“ (frauenpolitisches Engagement in den 1970/80er und den 1990er Jahren) zum Gegenstand haben. Der Vergleich zeigt, dass beide eine generelle Widerständigkeit gegenüber Vorgefundenem zur Basis der Selbstkonstitution als politisches Subjekt machen. Letztere ist aber auch auf den Kontakt mit konkreten politischen Szenen angewiesen, in deren Vorhandensein zugleich ein zentraler Unterschied der generationalen Lagerung der beiden Erzählerinnen liegt. Ein weiterer Unterschied besteht im Ausmaß der Bezugnahme auf eine eigene Betroffenheit von geschlechtsspezifischer Marginalisierung – die allerdings in beiden Fällen nicht als Initialzündung eines Politisierungsprozesses inszeniert wird. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die landläufige Vorstellung von eigener Betroffenheit als Basis von Politisierung eine problematische Engführung darstellt.